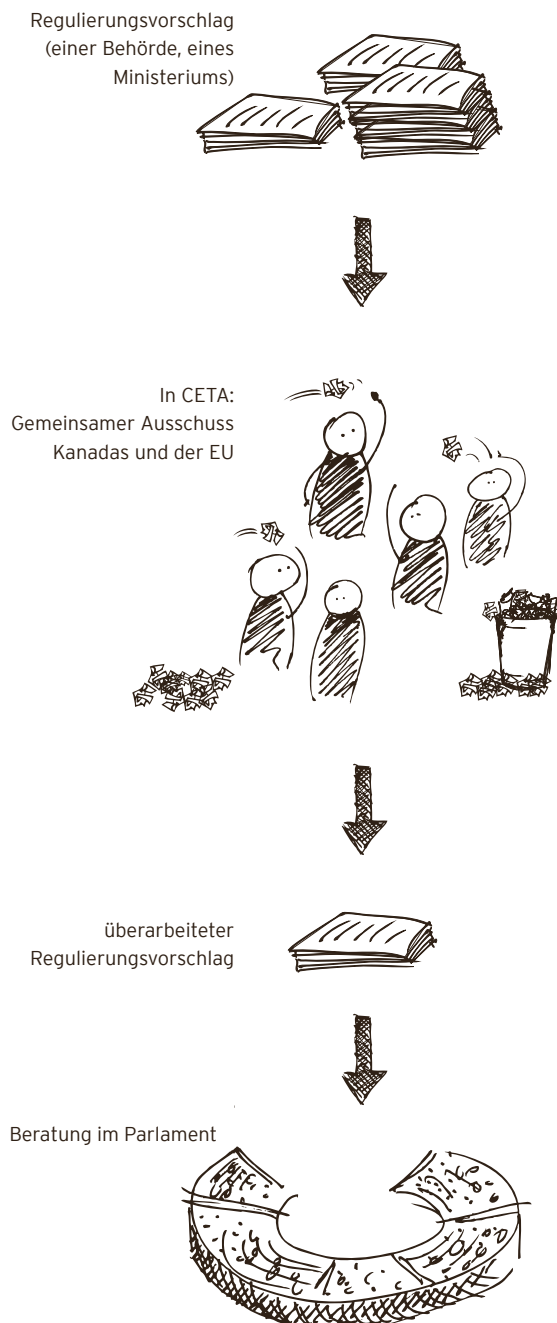


# REGULATORISCHE KOOPERATION

**So soll die regulatorische Kooperation Fakten schaffen hinter dem Rücken der Parlamente:**



**Mehr Demokratie ist eine überparteiliche Bürgeraktion.**

Wir verstehen uns als Bewegung für die direkte Demokratie. Unsere Kernforderung: der bundesweite Volksentscheid! Darüber hinaus engagieren wir uns für ein demokratisches Europa, das von den Bürger/innen und nicht von Eliten getragen wird.

**Warum setzen wir uns gegen TTIP und CETA ein?**

Die Freihandelsabkommen TTIP (mit den USA) und CETA (mit Kanada) bergen große Gefahren für die Demokratie:

- Investor-Staats-Schiedsverfahren unterwandern den Rechtsstaat und erschweren Gesetzgebung zum Schutz von Umwelt, Gesundheit, Arbeitnehmerrechten und Kultur.
- Regulatorische Kooperation, eine Art Frühwarnsystem für Lobbyisten, hebt die Gewaltenteilung und die Entscheidungsfreiheit der Parlamente aus.
- Die kommunale Selbstverwaltung wird eingeschränkt.

Zu jedem dieser Themen hat Mehr Demokratie ein Faltblatt herausgegeben. Sie können diese unter [www.mehr-demokratie.de/stopttip.html](http://www.mehr-demokratie.de/stopttip.html) herunterladen oder direkt bei uns bestellen.

**Volksentscheid über TTIP und CETA!**

Seit 2014 kämpft Mehr Demokratie gemeinsam mit verschiedenen Bündnissen und Organisationen dafür, beide Abkommen zu verhindern. Wir sammeln Unterschriften, organisieren Aktionen und Demos, wenden uns an Politiker/innen. Falls das alles nicht reicht, müssen wir, die Bürger/innen, TTIP und CETA selbst stoppen: mit einem bundesweiten Volksentscheid!

Mehr dazu finden Sie unter [www.volksentscheid.de](http://www.volksentscheid.de). Wollen Sie mithelfen? Schicken Sie uns eine E-Mail oder rufen Sie uns an. Vielen Dank!

**Mehr Demokratie e.V.**

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin  
Tel. 07957-923 90 50, Fax 07957-924 99 92  
[info@mehr-demokratie.de](mailto:info@mehr-demokratie.de)  
[mehr-demokratie.de](http://mehr-demokratie.de)

**Spendenkonto**

IBAN: DE14 7002 0500 0008 8581 05  
BIC BFSWDE33MUE  
Bank für Sozialwirtschaft München

## Regulatorische Kooperation

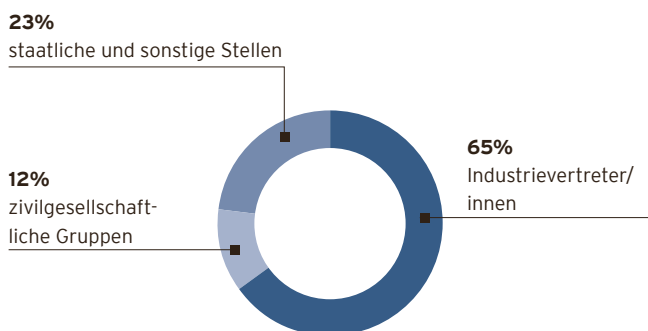
Die Vertragsstaaten sollen sich möglichst früh gegenseitig informieren, wenn sie Gesetze oder Regulierungen planen, die Handel und Investitionen beeinflussen. Dann kann der Vertragspartner – und mit ihm betroffene „Interessengruppen“, meist Wirtschaftsverbände – die Vorschläge kommentieren und Änderungen fordern. Das nennt sich „regulatorische Kooperation“. Sie kommt einem Frühwarnsystem für Lobbyist/innen gleich und gewährt den Vertragspartnern großen Einfluss auf die Gesetzgebung des jeweils anderen. Wie dies im Einzelnen abläuft, hängt von den entsprechenden Verträgen ab.

- CETA sieht ein regelmäßig tagendes Gremium vor: das „Regulatorische Kooperationsforum“. Kanada, die EU und ihre Mitgliedsstaaten sollen dieses Gremium noch vor den gewählten Parlamenten informieren, wenn sie Regulierungen oder Gesetzentwürfe planen.
- Für diese Form der Zusammenarbeit in TTIP haben EU und USA noch keine Einigung erzielt (Stand: April 2016). Die EU-Kommission hat den umstrittenen „Rat für regulatorische Zusammenarbeit“, der die Harmonisierung der Gesetzgebung zwischen den USA und der EU koordinieren sollte, aus ihrer Verhandlungsposition für TTIP gestrichen. Jetzt schlägt sie eine weniger verbindlichere und offenere Zusammenarbeit vor. Wie die US-Seite dazu steht, ist nicht bekannt.

### Warum ist Regulatorische Kooperation gefährlich?

- Institutionen, die nicht von den Wähler/innen legitimiert sind, erhalten Zugriff auf EU-europäische (und kanadische und US-amerikanische) Regulierungen und Gesetzgebungen. Parlamente dagegen verlieren an Einfluss.
- Die Regulatorische Kooperation würde informell Regulierungen und Gesetze auch innerhalb der einzelnen Staaten verändern – ohne formale Rechtsetzungskompetenz. Das geht deutlich über bisherige Handelsvereinbarungen wie den Abbau von Zöllen hinaus.
- Bewährte Standards (etwa bei Umwelt-, Verbraucher- oder Arbeitsschutz) drohen aufgeweicht zu werden. Weitergehende Standards als bisher zu beschließen, wird erheblich erschwert.
- Weil sie exekutive Entscheidungsstrukturen stärkt, vergrößert die Regulatorische Kooperation das Demokratiedefizit der EU. Die Rolle des EU-Parlaments bleibt nachrangig.

### Welche „Interessengruppen“ werden einbezogen?



Treffen des US-Regulierungsbüros OIRA mit Interessengruppen. Quelle: Center for Progressive Reform „Behind Closed Doors at the White House“

- Hinter dem Begriff „Interessengruppen“ verbergen sich vor allem Lobbyverbände und Konzerne. Vor Beginn der Verhandlungen über TTIP führte die EU-Kommission rund 90 Prozent ihrer Beratungsgespräche mit Wirtschafts- und Industrie-Vertreter/innen. Zwei Drittel der in Brüssel ansässigen Lobbyisten vertreten die Interessen von Unternehmen (Quellen: Corporate Europe Observatory, LobbyControl).

### Was wissen wir bisher?

Der CETA-Vertrag liegt fertig verhandelt vor. Zu TTIP müssen wir auf die Erfahrungen zurückgreifen, die in den USA und zwischen den USA und der EU schon bestehen. Außerdem veröffentlicht die EU-Kommission mittlerweile ihre Verhandlungspositionen.

### CETA

- Neue Behörden können in engem Austausch mit „Interessengruppen“ jede geplante Regelung auf den Prüfstand stellen.
- Zum Beispiel im Bereich Biotechnologie soll jede neue Gesetzgebung zuerst den entsprechenden Interessengruppen vorgelegt werden. Das erklärte Ziel dabei: Erleichterte Zulassung biotechnologischer Produkte.

### TTIP

- Die EU und die USA arbeiten seit den 1990er Jahren daran, ihre Standards anzuleichen. Mehrere transatlantische Gremien wurden zu diesem Zweck installiert, die eng mit Unternehmensvertretern kooperieren. Dem TABD, dem transatlantischen Wirtschaftsdialog, wurde viel frühzeitiger und umfassender Einfluss gewährt als vergleichbaren Plattformen, die sich zu den Themen Arbeitnehmerrechte, Umwelt oder Verbraucherschutz gebildet hatten (Quelle: Corporate Europe Observatory, LobbyControl).
- Diese regulatorische Zusammenarbeit hat bereits in mehreren Fällen Schutzstandards verzögert oder aufgeweicht, etwa in den Bereichen Tierschutz, Datenschutz oder Finanzmarktkontrolle. Mit TTIP würde dieses Problem noch verstärkt und institutionalisiert. (Quelle: Corporate Europe Observatory, LobbyControl).
- Innerhalb der USA überprüft das Office on Information and Regulatory Affairs (OIRA) alle Regulierungsvorschläge der US-Bundesbehörden, die wirtschaftliche Auswirkungen haben könnten, und berät darüber mit „Interessengruppen“. Das sind in den meisten Fällen Wirtschaftslobbyist/innen. Industrieverbände auf beiden Seiten des Atlantiks treten für eine ähnliche Lösung in TTIP ein.
- Das demokratisch nicht legitimierte OIRA verändert 65 Prozent der Vorschläge aller Bundesagenturen, meist schwächt es sie ab. Bei Regulierungen der Umweltagentur EPA sind es sogar 84 Prozent (Quelle: Center for Progressive Reform).

### Mehr Informationen unter

[www.mehr-demokratie.de/stopttip.html](http://www.mehr-demokratie.de/stopttip.html)  
[www.lobbycontrol.de/TTIP\\_Regulatorisches\\_Duett](http://www.lobbycontrol.de/TTIP_Regulatorisches_Duett)  
[www.progressivereform.org/articles/oira\\_meetings\\_1111.pdf](http://www.progressivereform.org/articles/oira_meetings_1111.pdf) (auf Englisch)